Stadtrat will mehr Veloparkplätze

Grossprojekt in Thun In der Bostudenzelg ist eine grosse neue Wohnüberbauung geplant. Das Thuner Parlament hat die Planung bewilligt – mit mehr Veloparkplätzen. Doch ein Referendum ist möglich.

Michael Gurtner

600 neue Wohnungen in bis zu 30 Meter hohen Gebäuden und ein öffentlicher Park als Herzstück mitten in der Überbauung – das alles auf einer Gesamtfläche von 45'000 Quadratmetern: In der Bostudenzelg ist eines der grössten Wohnbauprojekte in Thun geplant.

Rund die Hälfte wird auf dem städtischen Grundstück als gemeinnütziger Wohnraum realisiert. Die privaten Eigentümer, denen der andere Teil des Areals gehört, planen Miet- und Eigentumswohnungen.

Im Thuner Stadtrat stiessen die Pläne am Donnerstagabend auf viel Zustimmung. «Endlich entsteht preiswerter Wohnraum», lobte etwa Jonas Baumann-Fuchs (Fraktion EVP/GLP/EDU) die vorliegende Überbauungsordnung (ÜO). «Die Devise kann nur heissen: bauen – und zwar rasch», zeigte sich Mark van Wijk (Fraktion FDP/Mitte) angesichts der Wohnungsnot in Thun überzeugt.

Das Gebiet Bostudenzelg in Thun, auf dem eine neue grosse Überbauung mit 600 Wohnungen geplant ist. Foto: Adrian Moser

Zu wenig Veloparkplätze – und am falschen Ort?

«Wir stehen hinter dem Projekt», betonte auch Thomas Hiltpold (Grüne) – lancierte dann aber eine Diskussion um die Anzahl Veloparkplätze. Festgehalten in der ÜO ist, dass mindestens ein Veloplatz pro Zimmer vorhanden sein müsse. Mit ihrem Antrag wollten die Grünen die Zahl auf 1,25 erhöhen. So viele sind auch in einer anderen geplanten Thuner Grossüberbauung vorgesehen – dem Siegenthalergut.

Jonas Baumann-Fuchs sah zudem einen «zentralen Denkfehler» darin, dass ein Teil der Veloräume auf Kosten von «wertvollem Wohnraum» im Erdgeschoss erstellt werden soll. Seine Fraktion wollte deshalb mit einem Antrag den Spielraum für Abstellplätze erhöhen – sodass etwa mehr davon ausserhalb der Gebäude erstellt werden können. Beide Anträge waren als Auftrag an den Gemeinderat formuliert, im Rahmen der geplanten Wettbewerbsverfahren entsprechende Vorgaben zu machen. Die Überbauungsordnung selber blieb unangetastet – mit gutem Grund: Bei einer Änderung hätte sie erneut öffentlich aufgelegt werden müssen, was eine Verzögerung von sechs bis zwölf Monaten nach sich gezogen hätte.

Der Stadtrat sprach sich schliesslich mit 23 zu 15 Stimmen für die Erhöhung der Mindestanzahl Veloparkplätze auf 1,25 pro Zimmer aus und nahm auch den Antrag der Fraktion GLP/EVP/EDU mit 22 zu 16 Stimmen an. In der Schlussabstimmung gab es ein klares Ja zur gesamten Überbauungsordnung – bei einer einzigen Gegenstimme.

Baustart 2026 – oder kommt das Referendum?

Bei der öffentlichen Auflage waren gegen die ÜO Ende 2024 acht Einsprachen eingereicht worden. Sie bezogen sich auf die Dimensionen oder die Ausrichtung der Gebäude und auf Mobilitätsfragen. Nach den Einspracheverhandlungen hielt der Gemeinderat am Projekt fest – er teilte aber mit, dass gewisse Anliegen in den weiteren Prozessschritten berücksichtigt würden. So sollen im Rahmen der Architekturwettbewerbe die maximalen Gebäudehöhen nochmals geprüft werden. Vorgesehen ist nun, dass noch im Sommer 2025 bestimmt werden soll, wer die Trägerschaft für den gemeinnützigen Wohnbau übernimmt. Auf dem privaten Teil des Areals wird ein Baustart ab 2026/2027 angepeilt, auf dem städtischen Boden ist dieser frühestens 2030 vorgesehen. Allerdings gibt es nach dem Ja des Stadtrats zur ÜO noch einen Unsicherheitsfaktor: Gegen den Entscheid ist ein Referendum möglich.

«Wir haben uns noch nicht entschieden, ob wir das Referendum ergreifen», sagt Matthias Wyler, Präsident des für das Gebiet zuständigen Neufeld-Leists. Er betont, der Leist sei nicht grundsätzlich gegen die Überbauungsordnung Bostudenzelg. «Für uns haben aber einzelne Gebäude eine nicht quartierverträgliche Höhe.» Zudem seien in jenem Teil der Überbauung, der von der Stadt realisiert wird, mit 0,5 pro Wohnung zu wenig Autoparkplätze vorgesehen. Die Leistverantwortlichen befürchten, dass deshalb Fahrzeuge im Quartier abgestellt würden.

Das Referendum kann innert 30 Tagen nach der amtlichen Bekanntmachung des Stadtratsbeschlusses im Thuner Amtsanzeiger eingereicht werden. Notwendig sind dafür die Unterschriften von 800 Stimmberechtigten.

1,8 Millionen für rasche Velo-Massnahmen

Thun SVP-Gemeinderat Reto Schertenleib bringt im Stadtrat einen Millionenbetrag für den Veloverkehr durch – gegen den Willen seiner Partei.

«Wir wollen und können nicht untätig bleiben», sagte der Thuner Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) am Donnerstag im Stadtrat. 1,8 Millionen Franken will die Stadtregierung für kurzfristige Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs ausgeben – noch bevor es an die Umsetzung der 2024 vom Stadtparlament angenommenen Velo-Initiative geht.

In deren Rahmen müssen konkrete Projekte nämlich zuerst im Detail geplant, bewilligt und finanziert werden. Das dauert bis mindestens 2028. Schon vorher soll etwa die als Einbahn stadtauswärts geführte Hohmadstrasse für den Velogegenverkehr geöffnet werden – was laut Schertenleib vertiefte Abklärungen brauche, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Weiter will die Stadt mit Pilotprojekten zu speziell markierten Velostrassen an zwei kurzen Abschnitten an der Länggasse und der Uttigenstrasse Erfahrungen sammeln. Im Stadtrat erntete das Paket viel Lob. Vanessa Meier (Fraktion GLP/EVP/EDU) gefiel das «innovative und engagierte Vorgehen». Adrian Christen (SP) fand es «sinnvoll, Lösungen in der Praxis zu testen».

«Ja zu Veloförderung, aber nicht zu jedem Preis»

Eine Partei scherte allerdings aus – ausgerechnet Schertenleibs SVP. «Ja zu Veloförderung, aber nicht zu jedem Preis», liess Sprecher Alex Reymondin verlauten. Er sprach von «vorgezogenen Investitionen ohne solide Grundlage», das Preis-Leistungs-Verhältnis falle ernüchternd aus.

Schertenleib wiederum verwahrte sich dagegen, dass es sich um «hektische Schnellschüsse» handle. Die Meinungsverschiedenheit innerhalb der Partei blieb letztlich eine Fussnote: Das Parlament nahm den Kredit mit 28 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung klar an. *(mik)*

Thuner Stadtrat spricht eine Million für neue Sporthallen und Fussball-Campus

Sportcluster Thun-Süd Neben der Stockhorn-Arena sollen neue Sportstätten entstehen – inklusive Campus des Fussballverbands.

Im Thuner Stadtparlament war am Donnerstagabend ein nächster Steilpass hin zu einer Weiterentwicklung des Sportclusters Thun-Süd aufgelegt. Dort, wo bereits die Stockhorn-Arena und zusätzliche Fussballplätze stehen, sind etwa Tennisplätze, eine Ballsporthalle, eine Kletter- und Boulderanlage, ein Skills-Park sowie ein Athletik-, Gesundheits- und Trainingscenter geplant.

Zudem will der Schweizerische Fussballverband SFV auf der Burgerallmend nebenan den Campus Swiss Football Home errichten. Für all diese vorgesehenen Sportnutzungen soll es eine koordinierte Planung geben, um die Konzepte aufeinander abzustimmen und Synergien zu nutzen. Ein sogenannt qualitätssicherndes Verfahren dient als Basis für die planerischen Grundlagen. Dafür beantragte der Gemeinderat dem Stadtparlament einen Kredit von 1,05 Millionen Franken. «Viele Sportarten können hier profitieren», betonte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP). Zudem gebe es auch touristische und wirtschaftliche Komponenten. So sollen mit dem Campus des Fussballverbands 150 Arbeitsplätze nach Thun kommen – «und zwar nicht solche, die nach China abwandern werden», frotzelte Lanz.

Die Stockhorn-Arena in Thun-Süd: Im vorderen Bereich sind weitere Sportnutzungen vorgesehen. Foto: Christoph Gerber

> «Viele Sportarten können hier profitieren.»
>
> **Raphael Lanz**
> Thuner Stadtpräsident

Zu reden gab im Stadtrat, dass sich die Burgergemeinde als Landbesitzerin nicht an den Planungskosten beteiligen muss. Der Hintergrund: Als es einst um das neue Fussballstadion ging, wurde der Burgergemeinde 2007 zugesichert, dass sie bei einer künftigen Einzonung nichts dafür würde bezahlen müssen, dass ihr Land dadurch an Wert gewinne. Dieser Verzicht auf die sogenannte Mehrwertabgabe ist heute nicht mehr zulässig.

Indem der Burgergemeinde der Beitrag an die Planungskosten erlassen wird, will der Gemeinderat diese Vereinbarung in ihrem «Sinn und Geist honorieren». Das störte die SP, «denn die Burgergemeinde profitiert von der Entwicklung», erklärte Martin Allemann. Letztlich genehmigte der Stadtrat den 1,05-Millionen-Kredit aber klar mit 32 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen – sehr zur Freude der zahlreichen Sportexponentinnen und -exponenten im Publikum. Steilpass verwertet.

Im November entscheidet der Stadtrat über 4 Millionen

Noch im laufenden Jahr wird sich der Stadtrat erneut zum Sportcluster äussern können. Der Gemeinderat ist nämlich gewillt, sich mit 4 Millionen Franken am 50-Millionen-Campus des Schweizerischen Fussballverbands zu beteiligen. Die entsprechende Kreditvorlage soll im November ins Parlament kommen.

Klar ist derweil, dass es noch eine Weile dauern wird, bis neben der Stockhorn-Arena die Bagger auffahren: Die individuelle Realisierung der neuen Projekte wird wohl frühestens im Jahr 2028 gestartet.

Michael Gurtner